

PRESSEMITTEILUNG

10. Januar
2024

VERDI-KRITIK VÖLLIG UNGERECHTFERTIGT

Verdi hat heute in einem Pressegespräch einseitig und polemisch die Vertreter der Presse informiert. Trotz mehrfacher Gesprächsangebote ist Verdi nicht bereit, sich sachlich mit uns auszutauschen und informiert leider auch ihre Mitglieder sehr tendenziös.

„Verdi kritisierte in seinem Pressegespräch heute wieder einmal das Verfahren sowie unsere Informationspolitik. Die Gewerkschaft tut dies erneut äußerst polemisch und in der Sache falsch“, erklärt Vorstandsvorsitzender Peter Bechtel. „Jede Pflegefachperson hat – so hat es der Landtag im vergangenen Jahr beschlossen – die Möglichkeit, sich zu entscheiden, ob sie Mitglied der Kammer werden will oder nicht. Ein hoch demokratischer Prozess, an dessen Ende die Entscheidung in der Hand der Profession liegt. Man macht ein Kreuz, der Einwand muss an dieser Stelle jedoch noch nicht detailliert begründet werden; das schreiben wir auch deutlich in dem Anschreiben. Hier informierte Verdi die Presse leider nicht korrekt, wenn gesagt wird, dass ein Nein begründet werden muss“, führt Bechtel weiter aus.

„Wenn Verdi Pflegefachpersonen in seiner Pressemitteilung zitiert, sollte die Gewerkschaft auch den Wahrheitsgehalt der Aussagen überprüfen“, zeigt sich Gabriele Hönes, stv. Vorsitzende des Gründungsausschusses verwundert. Wenn Volker Mörbe zitiert wird, dass die Kosten und Pflichten komplett verschwiegen werden, irrt er sich leider. „In unserem Anschreiben steht explizit, dass die Mitgliedsbeiträge zwischen 5 und 9 Euro im Monat liegen werden“, führt Hönes verwundert aus. Zu den „zahlreichen Pflichten“, die er kritisiert, lässt sich Herr Mörbe auch nicht weiter aus. „Es wird die Pflicht zur Mitgliedschaft geben. Weitere konkrete Pflichten sind mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt“, führt Hönes weiter aus. Der Gründungsausschuss bietet seit Dezember regelmäßige Informationsveranstaltungen an, die jeder online besuchen kann. Seit dieser Woche finden diese sogar zweimal die Woche statt. „Wer noch Fragen zu den Pflichten oder auch den Mitwirkungsmöglichkeiten einer Kammer hat, kann dort gerne teilnehmen und sich informieren“, lädt Hönes alle Pflegefachpersonen in Baden-Württemberg und auch Verdi ein.

An der Abwicklung der Kammern in Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat Verdi einen nicht zu unterschätzenden Anteil, unter anderem durch Schüren von Ängsten und bewusste Fehlinformation. Auch heute versuchte Verdi bei der Pressekonferenz das Szenario aufzubauen, dass „abhängig-beschäftigte Pflegefachpersonen regelmäßig ihre eigene Weiterbildung bezahlen“ müssten. „Das wird so nicht eintreten, denn auch heute gibt es bereits eine Fortbildungspflicht für Pflegefachpersonen und die Kosten werden in der Regel nicht von diesen selbst getragen. Auch zukünftig wird es zur Natur des Pflegeberufes gehören, die dann von der Pflege selbst bestimmten Fortbildungen durchzuführen. Damit wird kein einziger Arbeitgeber um die Bezahlung der Fortbildungskosten herumkommen,“ erklärt Hönes.

Wir erkennen das Engagement und die Notwendigkeit von Verdi an und sprechen der Gewerkschaft die erzielten Erfolge für erzielte Tarifabschlüsse keinesfalls ab. „Das sind und bleiben Aufgaben einer Gewerkschaft. Die Kammer wird nie Anspruch erheben, Tarifpartner zu werden“, erklärt Bechtel. Im Gegenteil: „Die Pflegekammern in RLP und NRW und auch der Gründungsausschuss suchen den Schulterchluss mit der Gewerkschaft. Wir sind uns alle sicher, dass wir mit einem Dreiklang in der Pflege, also der Zusammenarbeit von Kammern, Gewerkschaften und Berufsverbänden, einiges erreichen können.“ Bechtel erklärt weiter, dass auch die Gewerkschaft beispielsweise von einer Fort- und Weiterbildungsordnung profitieren könne. „Erlässt die Pflegekammer eine solche Ordnung, hat Verdi ein weiteres Pfund in der Hand für die Tarifverhandlungen. Dann liegt es auch an der Gewerkschaft, dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitgeber sich tariflich verpflichten, die Fort- und Weiterbildungen der Professin Pflege zu bezahlen“, bringt Bechtel als ein mögliches Beispiel der gemeinsamen Schlagkraft an.

Generell verschweigt Verdi gerne, dass sie als Dienstleistungsgewerkschaft viele Interessen vertritt und eben nicht nur die der Pflegenden. Zudem ist der Organisationsgrad der Pflege bei Verdi im unteren einstelligen Bereich. Auch wenn Jakob Becker in der Pressemitteilung davon spricht, dass zigtausende Pflegekräfte bei Verdi organisiert sind, gibt es keine öffentlichen Zahlen, wie viele genau. „In einer Pflegekammer finden sich alle professionell Pflegenden und auch alle Tätigkeitsbereiche der Profession wieder. Sie ist daher das einzige demokratisch berechnete Sprachrohr für eine Profession, egal ob Pflege, Ärzte oder andere Berufe“, erklärt Bechtel. „Scheinbar hat Herr Becker das Gesundheitssystem in Deutschland noch nicht durchdrungen, es ist ja auch sehr kompliziert. Im Land geht es darum, dass eine Pflegekammer sehr wohl in die Beratungen zu einzelnen Gesetzen einbezogen wird und hier auch die Fachexpertise der Profession einbringen kann. Auf Bundesebene geht es in der Tat darum, im Gemeinsamen Bundesausschuss neben den Ärzten und Kassenvertretern stimmberechtigt zu sein“, führt Bechtel, der sich seit Jahrzehnten berufspolitisch für die Belange der Pflege einsetzt, weiter aus.

Der Gründungsausschuss sieht zudem die generelle semantische Konnotation von Verdi kritisch, da immer wieder alleinig aus dem Gesetz zitiert werde, dass die Pflegekammer die Bürgerinnen vor unsachgemäßer Pflege schützen solle, der Kammer aber gleichzeitig absprechen, die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen ändern oder mitbestimmen zu können.

Mit einer Kammer erhalten Pflegefachpersonen neben einer politischen Stimme im Gesundheitssystem rechtliche und ethische Beratung. „Die Kammer vermittelt zudem bei berufsbezogenen Differenzen, gibt der Profession eine eigene Berufsordnung sowie eine Fort- und Weiterbildungsordnung und trägt damit dazu bei, dass die Pflege selbst über Belange entscheidet, die sie betreffen. Wie die Grundlagen aussehen, die eine fachliche und qualitativ hohe Versorgung der Bevölkerung sicherstellen, muss aus der Profession selbst entwickelt werden“, erklärt Hönes weiter. Zudem verwehrt sie sich gegen die immer wieder von Verdi heraufbeschworene Äußerung, man werde durch die Kammer Diener zweier Herren. „Keine Pflegefachperson ist heutzutage noch Diener. Die Zeiten, in denen das Pflegeverständnis vom diakonischen Gedanken abgeleitet wurde und auf reiner Nächstenliebe erfolgte, sind glücklicherweise vorbei.“

Über den Gründungsausschuss der Landespflegekammer Baden-Württemberg:

In Baden-Württemberg gibt es ca. 110.000 Pflegefachpersonen, die ihren Beruf ausüben. Diese haben bis Ende 2024 Zeit, sich zu registrieren, um dann ihre Selbstverwaltung, die Vertreterversammlung der Landespflegekammer Baden-Württemberg, zu wählen. Der Gründungsausschuss der Landespflegekammer Baden-Württemberg hat die Aufgaben, die professionell Pflegenden bis dahin zu informieren, zu registrieren und die Wahl vorzubereiten.